

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD



» WEIHNACHTLICHE GRÜSSE
AUS DEM RATHAUS

» AUS DEM LANDTAG
Damit in Bayern
das Licht an bleibt



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wieder erlebt unser Land einen schwierigen Winter. Die Krise macht Maßnahmen notwendig, die überwunden galten. Das ist bitter, da Vieles vermeidbar gewesen wäre, hätten sich mehr Menschen impfen lassen. Allen, die unter der Pandemie und den Corona-Maßnahmen leiden, ob psychisch, sozial oder ökonomisch, wünsche ich gerade zum Jahresende und zu Weihnachten alles Gute und viel Kraft! An ihrer Seite stehen wir als SPD und auch in ihrem Sinne machen wir von der Kommune über das Land bis zum Bund Politik.

Zugleich ist dieser Winter politisch gesehen ein Winter des Aufbruchs. Zum Redaktionsschluss liegt der Koalitionsvertrag vor und es sieht gut aus: Olaf Scholz wird nächster Kanzler! Mit starken SPD-Minister*innen und unseren Koalitionspartnern*innen werden wir „mehr Fortschritt wagen“. Und dieser ist nach 16 Jahren Unions-geführten Regierungen in vielen politischen und gesellschaftlichen Feldern überfällig.

Danke Euch allen für das aufmerksame Lesen und die positiven Rückmeldungen zu unserem Springenden Punkt 2021. Wir werden auch im neuen Jahr wieder auf dem Laufenden halten und über die Themen berichten, die Nürnberg und die SPD bewegen. Mein Dank gilt der gesamten Redaktion für ihre sehr gute Arbeit! Ich wünsche euch trotz allem eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in das neue Jahr – bleibt gesund!

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Nasser Ahmed
Nasser Ahmed



SPD NÜRNBERG VERFASST RESOLUTION ZU OPERNHAUS- INTERIM UND NUTZUNG DER KONGRESSHALLE

In einem am 21. November digital durchgeführten und allen Mitgliedern offenstehenden Parteausschuss haben sich die Nürnberger Sozialdemokrat*innen intensiv mit dem Thema befasst und ihre Positionen in einer Resolution festgeschrieben. Neben den Fachpolitiker*innen der SPD-Stadtratsfraktion brachten auch der Baureferent der Stadt Nürnberg, Daniel Ulrich und Bernd Windsheimer (Geschichte für Alle) ihre Expertise ein.

Die SPD Nürnberg bekennt sich klar zum Erhalt des Innenhofs der Kongresshalle als his-

torischen Erinnerungsort. Der Innenhof der Kongresshalle ist kein x-beliebiges Bauland, sondern ein historischer Erinnerungsort und das soll auch so bleiben. Der Parteausschuss zeigte sich offen dafür, die Ausweichspielstätte für die Oper an der Kongresshalle zu errichten – plädiert aber für den Außenbereich. Der unfertige Torso der Kongresshalle ist als zentraler Bestandteil des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes ist nicht einfach nur irgendein Ort, sondern ein wichtiger Baustein für die Geschichtsarbeit und deren pädagogische Vermittlung vor Ort. An keinem »>

anderen Ort kann den jährlich über 100.000 Besucher*innen der Größenwahn und das Scheitern der NS-Diktatur derart greifbar vermittelt werden, wie hier – im Innenhof der Kongresshalle. Eine Ausweichspielstätte der Oper im bewusst leergeräumten Innenhof ist problematisch für die Geschichts- und Erinnerungsarbeit.

Es steht absolut außer Frage, dass Nürnberg als Großstadt in der Metropolregion seine Oper braucht und somit auch eine Ausweichspielstätte, um den Betrieb auch während der Sanierungsarbeiten aufrecht zu erhalten.

Das Opernhaus muss nach 100 Jahren saniert werden. Dafür braucht Nürnberg für die ca. 10 Jahre dauernde Umbauzeit des Opernhauses eine Spielstätte für die Musiksparten Oper, Operette, Musical, Konzert und Ballett. Damit der enorme Kundestamm kulturinteressierter Bürger*innen und die rund 650 Mitarbeiter*innen sowie das künstlerische Ensemble in Nürnberg gehalten werden können, benötigt die Stadt eine Ausweichspielstätte mit Qualität. Auch muss während der Sanierungszeit durch innovative Formate, Angebote und Spielorte neues Publikum gewonnen werden.

In einem weiteren Punkt sprachen sich die Genoss*innen dafür aus, Räumlichkeiten innerhalb der Kongresshalle für Kunst- und Kulturschaffende zu öffnen. Bildung, Kunst und Kultur sollen diesen Ort, an dem der NS-Größenwahn erfahrbar wird, in Besitz nehmen. Der Ort soll eine Bühne für Respekt, Toleranz und Menschenrechte sein. Um herauszufinden, wie diese kulturelle Ausgestaltung aussehen kann, braucht es jedoch mehr Zeit für einen Prozess, in dem Expert*innen, vor allem aber die Nürnberger*innen zu Wort kommen.

Besonderen Wert legten die Delegierten des Parteiausschusses auf eine solide Finanzierung des Vorhabens und eine nachhaltige Planung beispielsweise im Hinblick darauf, ob eine Ausweichspielstätte kostengünstiger und vielseitig nutzbar konzipiert werden könnte. Gerade in Zeiten der Pandemie müssen Investitionen dieser Größenordnung besonders kritisch geprüft und nach Alternativen gesucht werden.

Die Nürnberger SPD spricht sich dafür aus, vor allem bei Projekten mit derart großem finanziellem Ausmaß, das Gemeinwohl ganz besonders im Auge zu behalten. Aus der Stadtgesellschaft wird in diesem Zusammenhang verstärkt der Vergleich mit München gestellt: warum bekommt München einen zusätzlichen Konzertsaal komplett vom Freistaat finanziert, während Nürnberg im Regen stehen bleibt und sich mit Einsparungen an anderer Stelle auseinandersetzen



muss? Gemeint sind damit unter anderem benachteiligte Stadtteile und die Nürnberger Kulturläden, denen wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Gemeint ist auch eine angemessene Ausstattung der Schulen, Gebührenfreiheit in Bibliotheken und ein kostengünstiger Nahverkehr.

Für uns als SPD Nürnberg gilt der der integrative Ansatz „Kultur für Alle“. Verschiedene Kulturbereiche dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unser Kämmerer Harald Riedel hat vollkommen recht: Nürnberg kann die mit der Opernhaus-Sanierung samt Ausweichspielstätte verbundenen Investitionen nicht stemmen. Die Oper braucht eine Vollfinanzierung durch den Freistaat. Es ist die Aufgabe des Oberbürgermeisters, eine solche Zusage durch den Freistaat zu erwirken, um das Projekt nicht zu gefährden.

Resolution im Überblick:

1) Die Nürnberger SPD steht vollumfänglich hinter dem Fortbestand der Nürnberger Oper. Dafür ist auch die Schaffung einer Interims-Spielstätte notwendig.

2) Der Standort Kongresshalle kommt unter bestimmten Bedingungen als Ausweichspielstätte für das sanierungsbedürftige Opernhaus in Frage. Die Kongresshalle, der sogenannte „Innenhof“ und das direkte Umfeld sind Erinnerungsort und sollen dies bleiben. Die SPD Nürnberg plädiert daher für eine Ausweichspielstätte im Außenbereich der Kongresshalle.

3) Die Nürnberger SPD befürwortet die Nutzung der Räumlichkeiten innerhalb der Kongresshalle für Kunst- und Kulturschaffende. Dabei ist der integrative Ansatz „Kultur für Alle“ zu verfolgen. Der Ort soll eine Bühne für Respekt, Toleranz und Menschenrechte sein. Wir fordern die Stadt zudem dazu auf, ein Konzept zu erstellen, welchen Maßstäben Kunst und Kultur in diesem Zusammenhang genügen müssen. Die Leitlinien von 2004 zum Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände dienen hierfür als Grundlage und werden in Bezug auf die Kongresshalle und deren Umfeld weiterentwickelt und wo nötig präzisiert. Sie

dienen damit der aktualisierten Zielfindung im Umgang mit dem sensiblen Ort. Dieser muss weiterhin die Erfahrbarkeit von NS-Ideologie und NS-Architektur, auch in der Wahrnehmung des Scheiterns und der Inbesitznahme eines solchen Ortes durch Kultur und Bildung, ermöglichen.

4) Wir unterstützen den Kämmerer in seiner klaren Haltung: der Nürnberger Stadthaushalt kann die mit der Opernhaus-Sanierung samt Ausweichspielstätte verbundenen Investitionen nicht abbilden. Die Oper braucht eine Vollfinanzierung durch den Freistaat. Verschiedene Kulturbereiche dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es ist die Aufgabe des Oberbürgermeisters, eine solche Zusage durch den Freistaat zu erwirken, um das Projekt nicht zu gefährden.

5) Für eine abgeschichtete Beteiligung von Expert*innen und Bürger*innenschaft zur Ausgestaltung eines Kulturortes Kongresshalle muss ausreichend Zeit im weiteren Prozess eingeplant werden.



ANIL ALTUN ALS VORSITZENDER DER SPD GIBITZENHOF-STEIN-BÜHL WIEDERGEWÄHLT

v.l.n.r.: Nasser Ahmed, unsere Jubilare Jürgen Seelig und Lothar Sölla sowie unser wiedergewählter Vorsitzender Anil Altun

Von der SPD GIBITZENHOF-STEINBÜHL

Unser Ortsverein im Herzen der Südstadt hat am 17.11.2021 seine Jahreshauptversammlung abgehalten, selbstverständlich unter 2G-Regeln und weiteren Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen. Es stand einiges auf der Tagesordnung, von Wahlen und Berichten bis hin zu Antragsdebatten.

Im Rückblick auf die vergangenen Jahre hob Anil Altun hervor, dass der Ortsverein sehr gut aufgestellt ist: „Als einer der größten Ortsvereine in der SPD Nürnberg können wir stolz auf unsere Arbeit sein! Wir haben uns in den Wahlkämpfen eingebracht, wir übernehmen Verantwortung innerhalb der Partei, wir treiben inhaltliche Diskussionen voran – für und im Interesse der Südstadt.“

Deutlich wurde in den Berichten auch, dass wir eine bunte Mischung aus jungen und älteren Menschen verschiedenster Herkunft und Berufe bei uns zusammenbringen. „Wir bilden die Vielfalt der Südstadt ab!“, brachte es Altun auf den Punkt.

Er wurde anschließend als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Ebenso bestätigt wurde Kerstin Gardill als seine Stellvertreterin. Neu dabei ist Margaret Jankowsky als stellvertretende Vorsitzende. Das Vorstandsteam wurde mit Ilka Soldner als Finanzver-

antwortliche, Alexander Eberl und Andreas Frank sowie Tilman Gänzler als Beisitzer komplett gemacht.

Unser neuer Vorstand möchte weiter eine offene, ehrliche sowie transparente und wertschätzende Kultur in der Parteiarbeit gewährleisten. Zudem hat sich das Team vorgenommen, sich noch mehr der Auseinandersetzung mit den Akteur*innen im Stadtteil zu widmen.

Es wurde aber auch sehr inhaltlich auf unserer Jahreshauptversammlung. Gemeinsam haben wir drei Anträge verabschiedet. Im ersten Antrag fordern wir die SPD Nürnberg dazu auf, eine ergebnisoffene und zukunftsgerichtete Debatte zum Frankenschnellweg zu führen. Wir freuen uns hier besonders über die Unterstützung einiger unserer Nachbarortsvereine und des Arbeitskreises Umwelt. Wir wollen weg von einer autogerechten Stadtplanung, hin zu einer menschengerechten und klimafreundlichen Gestaltung. In unserem zweiten Antrag sprechen wir dem selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrum Projekt 31 unsere volle Solidarität zu und fordern zu konkretem Handeln auf. Subkultur gehört nach unserer Ansicht auch zum Stadtbild! Zuletzt positionieren wir uns erneut für das 365 €-Ticket und fordern die Stadtspitze - keinen Moment zu spät – auf, den entsprechenden Stadtratsbeschluss auch politisch umzusetzen.



MEHR FRAUEN IN DIE SPD UND IN SPITZENPOSITIONEN

von CORNELIA SPACHTHOLZ

Liebe Genoss:innen,

mit der am 18. Dezember 2021 anstehenden JHV der AsF Nürnberg wende ich mich zum letzten Mal als AsF Nürnberg Vorsitzende im dsp an Euch. Ich danke Allen, die sich in und für die AsF engagiert haben und mich, seit 2017 im Amt, punktuell oder dauerhaft unterstützt haben: inhaltlich, organisatorisch, als auch persönlich. Ich danke auch allen anderen, durch die ich immer wieder ermutigt wurde, unser Selbstverständnis und Werte als AsF und als Partei konsequent, auch nach innen, zu vertreten und so auch zum kulturellen Wandel vor Ort beitragen konnte. Diese wertvollen Erfahrungen waren mir überwiegend eine Freude und stets eine Ehre. Als Opfer von Gewalt im März diesen Jahres und den noch immer damit verbundenen Folgen war ich dazu gezwungen, auch mein ehrenamtliches Engagement quasi auf null zurückzufahren. Das hat mich insbesondere vor dem Hintergrund der Bundestagswahl auch persönlich sehr geschmerzt, konnte ich doch in 2017 den Wahlkampf neben Präsenzkampfkampfsots leidenschaftlich unterstützen. Aber wir haben die Wahl gewonnen und werden auch die nächste Regierung stellen, dank Eures Engagements, unserem Wahlprogramm und -kampagne sowie unserem Kanzlerkandidaten. Ausruhen können wir

uns auf diesen Erfolg nicht mit einer starken Bündnis 90/Die Grünen und einer CDU/CSU, die nun Frauen in Führungspositionen fordern, ihre Basis beteiligen möchten, eine modernere Familienpolitik und soziale Gerechtigkeit auf ihre Agenda nehmen und neue Wege gehen, um junge Menschen anzusprechen.

Wie bleiben wir zukunftsfähig, wenn unsere bisherigen Alleinstellungsmerkmale auch von anderen zukünftig besetzt werden wollen? Wir müssen uns konsequent an unseren Werten Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz messen lassen und Gleichstellung nicht nur als AsF konsequent verfolgen, nach innen und nach außen, um Frauen und junge Menschen als Genoss:innen und als Wähler:innengruppen zu gewinnen. Wir brauchen eine Zukunftsvision, die insbesondere zu Pandemiezeiten, Hoffnung gibt.

Die Zahlen im UB Nürnberg und im Bezirk Mittelfranken sprechen für sich und gegen

Gleichstellung, scheint doch ein Geschlecht überproportional benachteiligt: Als UB Nürnberg stellen wir einen Parteivorsitzenden, einen Fraktionsvorsitzenden und einen Bürgermeister. Und im Bezirk? 6 von 8 Kreisvorsitzenden, 141 von 192 Ortsvereinsvorsitzenden, 5 von 4 stellvertretenden Landräten, 4 von 4 Oberbürgermeister, 28 von 29 Bürgermeister:innen und 42 von 49 stellvertretenden Bürgermeister:innen sind männlich; und bei den Kreis-, Stadt-, und Gemeinderät:innen sind es insgesamt 424 Männer, die im Vergleich zu 137 Frauen Führungsverantwortung haben. Wie ernst es uns ist mit Gleichstellung und Gerechtigkeit, wenn Männer so viel mehr Verantwortung, Posten und Mandate inne haben als wir Frauen und es der Intervention des AsF Bundesvorstand bedarf, um eine Bundestagspräsidentin vorzuschlagen? Der Frauenanteil in unserer Partei im UB ebenso wie im Bezirk besteht aus gut 1/3. Gut? Das können und müssen wir besser. Wie?

Das geht mit entsprechendem Parteiprogramm und Politik, die den Menschen Zeit, Infrastruktur und Geld für ihren Alltag schafft, auch für politisches Engagement. Das Versprechen vom Mindestlohn mit 12 Euro und die Kindergrundsicherung sind ein großer Wurf, reicht aber nicht, weder für die Rente noch insgesamt zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer im Lebensverlauf und schon gar nicht, um den Weg für Gleichstellung und Gleichberechtigung im Sinne von „Ankommensgleichheit“ zu ebnet. Das geht nur mit konsequenter, konsistenter, gleichstellungsorientierter und zeitgemäßer Familienpolitik für den gesamten Lebenslauf. Wir müssen mutig auch an die Politikfelder Steuerrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht und Bildung gehen, um unseren Verfassungsauftrag Art. 3 GG vollumfänglich gerecht zu werden. Der der Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern von Haushalt-, Familien- und Erwerbsarbeit müssen wir für den gesamten Lebensverlauf konsequent entgegenwirken hin zu einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und hin zu equal care (gleiche Verteilung von Sorgearbeit), equal pay (Gleiche Bezahlung), equal pension (gleiche Rente) und equal position (gleiche Position/ Stellung in Partnerschaft, Familie, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Politik und Gesellschaft).

Die Jahreshauptversammlungen der folgenden AGs werden pandemiebedingt im Rahmen einer Ausnahmeregelung auf das 1. Quartal 2022 verschoben:

ASF Nürnberg: 19. März 2022, 15:00 Uhr
AfA Nürnberg: 27. Januar 2022, 17:30 Uhr

Die Einladungen mit Tagesordnung gehen euch schriftlich zu beziehungsweise werden im Springenden Punkt veröffentlicht.

Wie? Ein paar Stichworte hierzu sind „Individualbesteuerung statt Familiensplitting“, „ElterngeldPlus ausbauen zu Elterngeld Halbe/Halbe“, „Mutterschutzgesetz in ein Elterenschutzgesetz einbetten“, „Leitbild Doppelresidenz für Nachtrennungsfamilien“, „bundeseinheitliche Betreuungs- und Bildungsstandards“, „das Führungspostengesetz in Quoten gemischter Teams auf allen Ebenen ausbauen“ und „Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten“, „Befristungen stark einschränken“ sowie „Corona-Eltern-Kurzarbeitergeld bei geschlossenen Kitas & Co“. Auch die Umsetzung der Istanbulkonvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist überfällig.

Die Pandemie hat uns gleichstellungspolitisch um eine Generation zurückgeworfen. Und das, was für unsere Wähler:innen gut ist, kann für uns miteinander nicht schlecht sein – im Gegenteil, macht uns glaubwürdig zu unseren Werten. Strukturelle Gleichstellung der Geschlechter ebnet den Weg für die kulturelle Gleichstellung der Geschlechter, übrigens auch in unserer Partei.

Lasst uns auch als SPD ein „gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu Gewalt gegen Frauen“, Gewalt in all ihren Facetten, eine „Frauen-in-Führungspositionen-Willkommenskultur“ sowie eine „Frauen-in-Spitzenpositionen-Offensive“ auf den Weg bringen, mit Strahlkraft nach innen und nach außen von Nürnberg aus.

Es hilft hier nicht nur die aktive und ermutigende Ansprache an Frauen, sich zur Wahl zu stellen, sondern ihnen auch den Raum zu geben. Und ihr müsst die Frauen nicht mögen, die ihr wählt, sondern sie müssen kompetent sein, Ideen haben, in Netzwerken sein und in der Lage sein, beharrlich auf jeder Augenhöhe eure, unsere Themen zu platzieren und zu vertreten. Unterstützend sind andere als bisherige Quoten. Hilfreich für Personalvorschläge und -bewerbungen sind neben Transparenz und Basisbeteiligung anstelle interner Netzwerke objektiv für die Positionen zum Tragen kommende zu definierende Kriterienkataloge analog zu Stellenausschreibungen. Netzwerke außerhalb unserer Partei sind wichtig, um neue Genoss:innen und Wähler:innenstimmen zu gewinnen. Inhaltliche Flügel sind wichtig. Aber zu oft werden Fragen und Statements als persönlicher Angriff fehlinterpretiert oder Themen blockiert. Wir brauchen eine Kultur des „aktiven Zuhörens“, in völliger Abgrenzung zur aktuellen Querdenker:innenszene im Kontext Corona, sondern in Anlehnung von „Querdenken“ im ursprünglichen Sinne, „über den eigenen Tellerrand hinausschauen“, muss wieder positiv besetzt werden und willkommen sein, um „Betriebsblindheit“ und „Tunnelblick“ der eigenen Perspektive und der „Influencerzirkel“ aufzubrechen.

Und unser Anspruch, „jünger“ zu werden? Vom Alter her den Mitgliederanteil und Wähler:innenanteil zu verjüngen geht nur mit zukunftsweisender Politik, jungen Menschen in Führungsverantwortung und Spitzenpositionen als Vorbilder und natürlich auch mit zielgruppengenaue Ansprache in allen Gliederungen: Facebook, Instagram und TikTok. Junge Parteizugehörigkeit? Quereinsteiger:innen willkommen heißen mit deren Ideen, Kompetenzen, Erfahrungen und Netzwerke in die verschiedenen Wähler:innengruppen hinein.

Wir fordern mit unserem bildungspolitischen Programm keinen Erbhof mit Dr.-Titeln, sondern Chancengleichheit unabhängig der Herkunft zu schaffen. Wie halten wir es als Partei intern? Einmal im Amt, immer im Amt? Auch hier könnten wir Regelungen schaffen.

Lasst uns auch als SPD Nürnberg ein „gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu Gewalt gegen Frauen“, Gewalt in all ihren Facetten, eine „Frauen-in-Führungspositionen-Willkommenskultur“ sowie eine „Frauen-in-Spitzenpositionen-Offensive“ auf den Weg bringen, mit Strahlkraft nach innen und nach außen von Nürnberg aus.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Danke für eure Aufmerksamkeit! Freundschaft!

Cornelia Spachtholz,
Vorsitzende AsF Nürnberg

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektur: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



MEHR FORTSCHRITT WAGEN

KOALITIONSVERTRAG FERTIG

„Die Ampel steht.“ Gemeinsam mit den Parteivorsitzenden von SPD, Grünen und FDP hat der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz den Koalitionsvertrag vorgestellt. Auf 177 Seiten beschreiben die Parteien ihren Anspruch auf mutigen politischen Fortschritt – und auf einen neuen Regierungsstil.

Die Koalitionsverhandlungen sind abgeschlossen. „Leidenschaftlich und vertrauensvoll“ hätten die drei Parteien in den vergangenen Wochen miteinander verhandelt, sagte Scholz bei der gemeinsamen Vorstellung der Ergebnisse am Mittwoch in Berlin. „Konstruktiv und lösungsorientiert – das hat mir gut gefallen.“

„Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“, ist der Koalitionsvertrag überschrieben. Es geht nicht um eine „Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern der größten politischen Wirkung“, unterstrich Scholz.

Jahrzehnt der Investitionen

Etwas der entschlossene Kampf gegen den Klimawandel mit dem klimafreundlichen Umbau der Industrie, eine Politik des Respekts mit dem deutlich höheren Mindestlohn, der Kindergrundsicherung und stabilen Renten, viel mehr bezahlbare Wohnungen, die Digitalisierung und eine moderne, freie Gesellschaft. Um die Ziele zu erreichen werde es ein „Jahrzehnt der Investitionen“ geben, kündigte Scholz an.

Mit Blick auf das neue Fortschrittsbündnis aus SPD, Grünen und FDP erinnerte er an die erste Ampel in Deutschland, die vor fast 100 Jahren am Potsdamer Platz in Berlin errichtet wurde. Damals hätten sich manche gefragt, ob diese denn funktionieren werde. Heute sei sie nicht mehr wegzudenken, wenn es darum gehe Dinge klar zu regeln, so Scholz. Sein Anspruch als Kanzler sei, „dass dieses Ampelbündnis eine ähnliche wegweisende Rolle für Deutschland spielen wird.“

OV LICHTENHOF

GUT AUFGESTELLT FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE!



Der neu gewählte Vorstand des OV Lichtenhof von links nach rechts: Dr. Claudia Kupfer-Schreiner (stellvtr. Vorsitzende und Mitgliederbeauftragte), Stefan Porten (Schriftführer), Rolf Langenberger (Mitgliederbeauftragter), Sandra Manthey (Beisitzerin), Julia Ringler (Vorsitzende), Helga Langenberger (Revisorin), Christoph Ringelmann (stellvtr. Vorsitzender), Michaela Schwegler (Kassierin). Nicht im Bild: Fabian Meissner (stellvtr. Vorsitzender), Dr. Susanne Jauch, Klaus Schrage, Serkan Ural (Beisitzer/-in) und Hans Mimler (Revisor)

von DR. CLAUDIA KUPFER-SCHREINER, JULIA RINGLER und ROLF LANGENBERGER

Lichtenhof ist bunt

Mit 106 Mitgliedern ist der Ortsverein Lichtenhof einer der größeren Ortsvereine der SPD Nürnberg. Seit zehn Jahren hält sich der Mitgliederbestand stabil auf etwa diesem Niveau, und fast gleich geblieben ist auch das Verhältnis der männlichen (65 Prozent) zu weiblichen (35 Prozent) Mitgliedern. 17 Prozent der Mitglieder sind jünger als 35 Jahre und 42 Prozent 60 Jahre und älter. Das jüngste Mitglied ist 20 und das älteste 97 Jahre alt.

In Lichtenhof finden sich Mietskasernen und Stadtvillen, dichte Bebauung und der Luitpoldhain, die grüne Lunge der Südstadt. Das bunte Völkchen, das hier lebt und arbeitet, kann unterschiedlicher nicht sein, entsprechend vielfältig sind auch die Herausforderungen für den Ortsverein Lichtenhof.

Machen, was die Südstadt bewegt

Bei der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins berichtete die Vorsitzende Julia Ringler, wie man in unterschiedlichen Bereichen versucht hat, auf die Bedürfnisse des Stadtteils und seiner Menschen einzugehen, sich um inhaltliche Positionierung bemühte und auch aktiv und engagiert an den letzten Wahlkämpfen beteiligte. Leider machte die Pandemie reguläre Treffen weitestgehend unmöglich; es konnte aber mit Hilfe der gut besuchten Online-Sitzungen kontinuierlich Kontakt zu den

Mitgliedern gehalten werden. Zudem konnte der Ortsverein, dank des neuen Onlineformats, vor allem inhaltlich weiterarbeiten. Besonders hob Julia Ringler folgende Aktivitäten und Initiativen der letzten beiden Jahre hervor:

- > Diskussion mit Stadträtin Yasemin Yilmaz zu den Ergebnissen des Bundesparteitags 2019
- > Vorstellung der Kandidat*innen für die Bundeselection Nürnberg Nord und Süd
- > Veranstaltung zum Thema „Älter werden in der Südstadt“ mit dem damaligen Leiter des Stadt seniorenrats Dieter Rosner
- > Vorstoß der Initiativgruppe des Ortsvereins zur Einrichtung einer Ethikkommission für Nürnberger Pflegeheime
- > Anträge im Parteiausschuss u.a. zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie

Gut vernetzt

Der Ortsverein sieht sich auch gut vernetzt innerhalb und außerhalb der Partei, zum Beispiel mit Stadtrat Fabian Meissner, Dr. Susanne Jauch (AG im Gesundheitswesen) oder Dr. Claudia Kupfer-Schreiner, die seit diesem Jahr Mitglied im Unterbezirksvorstand ist. Zudem hat die Mitarbeit von zahlreichen Mitgliedern des Ortsvereins in der ver.di-Initiative #BanuMussBleiben zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften geführt. Mit vier starken Stimmen ist der Ortsverein Lichtenhof auch im neu gegründeten SPD-Chor vertreten.

Den Frieden verteidigen!

Es soll an dieser Stelle noch ergänzt werden, dass ganz aktuell am 22. November eine von Rolf Langenberger moderierte Veranstaltung mit Gabriela Heinrich stattfand. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit den Aufgabengebieten Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik hat sie in den letzten Jahren Erfahrungen gemacht, wie es um den Weltfrieden, die Bündnisse und den Frieden in Europa bestellt ist. Wir diskutierten darüber, wie verantwortungsvolle Politik in einer aus den Fugen geratenen Welt mit Krieg, Gewalt, Misstrauen, Unberechenbarkeit und Provokation wieder Vertrauen aufbauen und den Frieden dauerhaft sichern kann.

Erfolgreiches Miteinander der Generationen im neuen Vorstand

Für die Bewältigung der Herausforderungen in unserer Gesellschaft sind die Potenziale aller Generationen in unserer Gesellschaft unverzichtbar. Deshalb setzt der Ortsverein schon immer und auch jetzt bei den Vorstandswahlen nicht auf eine bloße „Verjüngung“, sondern auf ein konstruktives Miteinander der Generationen und Altersgruppen. Das zeigt sich nun auch in der Zusammensetzung des Vorstandes: Das jüngste Vorstandsmitglied ist 24, das älteste 82 Jahre alt.

Die alte und neue Vorsitzende ist Julia Ringler, deren Einsatz, trotz Mehrfachbelastung während der Pandemie, von den Mitgliedern sehr gelobt wurde. Ihre Stellvertreter*innen sind Fabian Meissner, Christoph Ringelmann und Dr. Claudia Kupfer-Schreiner, letztere zusammen mit Rolf Langenberger auch Mitgliederbeauftragte. Erneut zur Schatzmeisterin gewählt wurde Michaela Schwegler, deren solide und kompetente Kassenführung von allen deutlich hervorgehoben wurde. Neumitglied Stefan Porten erklärte sich spontan bereit, das Amt des Schriftführers zu übernehmen und als weitere Vorstandsmitglieder wurden Dr. Susanne Jauch, Sandra Manthey, Klaus Schrage und Serkan Ural gewählt. Für die Revision stellten sich dankenswerterweise Helga Langenberger und Hans Mimler zur Verfügung. Gedankt wurde Brigitte Reuter, die sich nach vielen Jahren Vorstandsarbeit nicht mehr zur Wahl stellte, für ihr Engagement und ihren Einsatz für den Ortsverein.

Das Fazit der JHV war, dass der Ortsverein Lichtenhof den bisher beschrittenen Weg engagiert weitergehen möchte, mit dem Ziel, zusammen mit den Nachbar-Ortsvereinen die Nürnberger Südstadt in ihrer bunten Vielfalt zu bewahren und mitzuhelfen, die Lebensqualität dort zu erhalten und zu verbessern.



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Die Ampel-Parteien haben schon vor der Regierungsbildung Verantwortung übernommen und eine neue Phase der Pandemiebekämpfung eingeleitet. Wie sieht dieser Kurs aus?

Die jetzt ausgelaufene „epidemische Lage nationaler Tragweite“ war nach dem Ausbruch von Corona vom Bundestag beschlossen worden. Über das Infektionsschutzgesetz erhielten die Länder – daran geknüpft – vom Bundestag weitgehende Möglichkeiten, um Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Warum wurde jetzt diese epidemische Lage vom Parlament nicht verlängert? Freiheitseinschränkende Maßnahmen brauchen in der Demokratie eine starke Begründung. Wenn sich die Lage durch mehr Impfschutz verändert, muss die Pandemiebekämpfung nicht beendet werden – wir müssen sie aber auf eine neue und solide Grundlage stellen.

Dabei gilt: Wir brauchen weiterhin Schutz. Zu viele Menschen sind noch nicht geimpft. Zu viele Menschen infizieren sich, unserem Gesundheitswesen droht die Überlastung. Deswegen haben die Ampel-Parteien schon vor der eigentlichen Regierungsbildung gehandelt und Verantwortung übernommen. Die Neuordnung berücksichtigt, dass viele Menschen zwischenzeitlich geimpft sind. Diese haben deswegen ein geringeres Risiko, sich anzustecken, das Virus zu verbreiten und schwer zu erkranken. Für sie sind daher nur noch geringfügige

Einschränkungen zu rechtfertigen. Wer sich nicht impfen lassen möchte, muss dagegen mit stärkeren Einschränkungen rechnen, so lange die Gesundheitsversorgung im Land gefährdet ist. Konkret bedeutet das:

> Geimpft, Genesen, Getestet: Die Länder sollen sicherstellen, dass zum Beispiel bei Veranstaltungen oder in Restaurants nur Geimpfte, Genesene oder Getestete (3G) Einlass erhalten. Oder auch nur Geimpfte und Genesene (2G) – falls notwendig auch mit Test (2G+). Wer Test-, Impf- und Genesenzertifikate fälscht oder gefälschte verwendet, muss mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Zum Beispiel für Pflegeheime gibt es eine bundesweite tägliche Testpflicht. Die Länder sind auch weiter zuständig dafür, zum Beispiel Auflagen für Schulen zu bestimmen.

> Kein Lockdown für Geimpfte: Flächendeckende Schulschließungen, pauschale Ausgangssperren, faktische Reiseverbote (Beherbergungsverbot), Sportverbote oder die pauschale Schließung der Restaurants, der Geschäfte und anderer Einrichtungen dürfen bundesweit nicht mehr erfolgen.

> Länderöffnungsklausel: Besonders betroffene Länder können im Notfall – mit Beschluss des Landesparlaments – ergänzende Maßnahmen beschließen. Zum Beispiel können sie Großveranstaltungen absagen oder unter Auflagen stellen und auch Clubs und Diskotheken vorübergehend schließen.

> Schutz am Arbeitsplatz: Bundesweit soll 3G am Arbeitsplatz gelten. Wenn Menschen bei der Arbeit zusammenkommen, müssen sie geimpft, genesen oder getestet sein. Wer weder geimpft noch genesen ist, muss einen Test vorlegen. Gleichzeitig kehrt die Home-Office-Pflicht zurück: Dort, wo es möglich ist, soll von zuhause aus gearbeitet werden.

> 3G in Bus und Bahn: Bundesweit soll das Problem angegangen werden, dass zum Beispiel in Zügen viele Menschen auf engem Raum zusammenkommen – bislang auch ungeimpft und ungetestet. Hier gilt weiter zudem bundesweit die Maskenpflicht.

Uns ist eine neue, rechtssichere und bundesweite Grundlage wichtig. Die heftige Kritik von CDU und CSU daran ist ein unwürdiges Schauspiel. Die Union bestand zwar auf das Weiterbestehen der „epidemischen Lage“, nannte aber keine einzige konkrete Maßnahme, die ihr nach der Neuordnung fehlt. Will die Union alle Schulen schließen? Will sie Gottesdienste zu Weihnachten verbieten? Ausgangssperren für die gesamte Bevölkerung? Alles unklar. Zur Wahrheit gehört: Die Ministerpräsidenten hatten das Heft des Handelns bis zuletzt in der Hand. Da wurde – leider gerade in Bayern – einiges verschlafen. 2G-Regeln hätten beispielsweise schon lange eingeführt werden können – und sind auch nach der Neuordnung möglich.

Schutzmaßnahmen dienen der zeitweisen Überbrückung einer Krise. Impfungen sind dagegen der Weg aus der Pandemie heraus. Das zeigt der Blick in andere Länder mit weit aus höheren Impfquoten wie Portugal und Spanien. In Israel – hier fanden damals die ersten Impfungen statt – haben konsequente Auffrischungsimpfungen geholfen, dass die vierte Welle gebrochen wurde. Auch in Deutschland fällt auf: Am stärksten betroffen von der vierten Corona-Welle sind vor allem die Bundesländer, in denen die Impfquote am niedrigsten ist. Aktuell sind das Sachsen, Thüringen und leider auch Bayern.

Die Pandemie werden wir erst hinter uns lassen können, wenn sich noch mehr Menschen impfen und die Impfung auffrischen lassen. Dafür wird sich die Ampel einsetzen. Bis dahin brauchen wir Schutzmaßnahmen. Und es gilt, was schon vorher galt: Wir müssen aufeinander aufpassen. Wir müssen vorsichtig sein und dazu beitragen, dass wir auch die vierte Corona-Welle baldmöglichst hinter uns lassen.

Ich wünsche Euch und Euren Lieben auch und gerade in dieser schwierigen Situation ein frohes Fest. Bleibt gesund und passt aufeinander auf!

DAMIT IN BAYERN DAS LICHT AN BLEIBT

VOLLGAS BEI DER ENERGIEWENDE,
BREMSEN BEI WINDKRAFT LÖSEN,
ENERGIEPREISE SENKEN



Fotograf: Lennart Preiss

von ARIF TAŞDELEN, MdB

So lautete das Thema der „Aktuellen Stunde“ im Bayerischen Landtag am 11.11.2021 auf Antrag unserer Fraktion. Die Bayerische Staatsregierung verschließt vor den Folgen des Klimawandels die Augen und verhindert mit aller Macht die Energiewende in Bayern. Damit gefährdet sie auch den Industriestandort Bayern und den Wohlstand der Menschen.

Wir haben im August dieses Jahres als erste Fraktion überhaupt einen „Masterplan für ein klimaneutrales und soziales Bayern bis 2040“ vorgelegt. Basierend auf der von uns in Auftrag gegebenen Studie „Bayern klimaneutral und sozial“ beim renommierten Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) wollen wir in Bayern die Weichen stellen, um das ambitionierte 1,5°C-Ziel zu erreichen. Die Klimaerwärmung bedroht schließlich unsere Lebensgrundlagen, der Handlungsbedarf ist riesig. In der August-Ausgabe hatte ich ausführlich darüber berichtet.

Die Staatsregierung blockiert etwa bei der 10H-Regelung und der Photovoltaikpflicht die Energiewende in Bayern und zeigt seit der Bundestagswahl mit dem Zeigefinger nach Berlin auf die „Ampel-Fraktionen“, die aber noch nicht in der Regierungsverantwortung sind. Dabei ist das Thema nicht erst seit der Bundestagswahl bekannt und aktuell.

Wir haben auch in Bayern genügend Stellschrauben, an denen wir drehen können, um Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen und zwar sozial gerecht.

Unser Fraktionsvorsitzender und Umweltperte, Florian von Brunn, hat in der Plenardebatte sehr deutlich gemacht, dass es die CSU und Freien Wähler sind, die den Ausbau der erneuerbaren Energien verhindern. Die Staatsregierung hält etwa nach wie vor an der 10H-Abstandsregel fest, nach der Windräder mindestens das 10-fache ihrer Höhe von Wohnbebauung entfernt sein müssen. Im letzten Jahr hat der Freistaat nur acht Windräder gebaut, in Nordrhein-Westfalen sind es über 90, in Brandenburg 70. Außerdem stellt sich der Freistaat bisher gegen eine Photovoltaikpflicht für Neubauten. Das passt nicht zur ständigen Behauptung der Staatsregierung, Bayern sei Spitzenreiter beim Klimaschutz.

Stattdessen kann Bayern als Industriestandort seinen eigenen Energiebedarf bei Weitem nicht decken. Bayern ist nur im Mittelfeld, wenn es darum geht, seinen eigenen Energiebedarf aus erneuerbaren Energien zu decken. Nur etwa 50% des benötigten Stroms erzeugen wir selbst aus erneuerbaren Energien, andere Bundesländer sind da deutlich weiter als wir. Wir haben aber den Anspruch, überall, wo es richtig und sinnvoll ist, vorne dabei zu sein und mit gutem Beispiel voran zu gehen. Des-

halb werden wir als SPD-Landtagsfraktion auch weiterhin darauf drängen, unser schönes Bayern zukunftssicher zu machen. Darum haben wir als Fraktion eine Popularklage gegen die 10H-Regel beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht.

Hintergrund ist, dass ein Gutachten des renommierten Umweltjuristen Prof. Kurt Faßbender zu dem Schluss kommt, dass diese Regel verfassungswidrig ist. Das Gutachten schließt damit an den wegweisenden Klimaschutz-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 an, nach dem beim Klimaschutz die Rechte der zukünftigen Generationen berücksichtigt werden müssen. Das Thema der Energiewende ist viel zu wichtig, um tatenlos zuzusehen und mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Es geht darum, ob etwa bei BMW oder Audi die Fließbänder zukünftig stillstehen müssen, ob Elektroautos geladen werden können und genug Strom für Haushalte vorhanden ist. Es geht also um Arbeitsplätze und Wohlstand. Und was genauso wichtig ist: Es geht um Umweltschutz und damit den Schutz unserer Lebensgrundlage. Deshalb wird dieses Thema auf unserer Agenda immer ganz oben stehen. Wir sind die Einzigen, die dabei auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Auge haben. Denn sozialverträglichen Klimaschutz und einen sozialverträglichen Strukturwandel gibt es nur mit der SPD.

von STEFAN SCHUSTER, MdB

Im November 2021 hat sich die Selbstenttarnung der Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ zum zehnten Mal geäußert. Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter hießen die Menschen, die durch den NSU ermordet wurden.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich schon immer aktiv am Gedenken und der Aufklärung dieses schrecklichen Terrors beteiligt. Auch zehn Jahre nach der Aufdeckung des NSU sind noch zahlreiche Fragen zum NSU-Komplex ungeklärt. Deswegen hat die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit der Fraktion der Grünen die Initiative für einen zweiten Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag ergriffen.

Ausschlaggebend für die Entscheidung erneut einen Untersuchungsausschuss mit dem NSU-Komplex zu befassen waren die vielen ungeklärten Fragen und eine Petition mit 2.000 Unterzeichner*innen, die die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fordert. Es ist immer noch nicht klar, warum Bayern Haupttatland war, wie die Opfer ausgewählt und ausgespäht wurden, welche Neonazikreise in Bayern den NSU unterstützt haben und warum die Sicherheitsbehörden so lange in die falsche Richtung ermittelt haben. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beraten wir zusammen mit den Grünen über die genauen Untersuchungsgegenstände des Ausschusses. Noch 2021 wollen wir einen Fragenkatalog hierzu erarbeiten.

Es ist jedoch wichtig klarzustellen, dass auch mit einem zweiten Untersuchungsausschuss eine vollständige Aufklärung nicht sicher gewährleistet ist. Eine umfassende Ermittlung durch einen Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags zum NSU-Komplex ist durch mehrere Umstände erschwert. Zum einen ist der Zugang zu Informationen die Bundesangelegenheiten betreffen fraglich. So ist nicht gewährleistet, dass der Untersuchungsausschuss Zugang zu Akten des Bundes bekommt oder V-Leute des Bundes vernehmen kann.

Zum anderen ist die Rechtmäßigkeit der Speicherung der Daten zum NSU-Komplex zu diskutieren. Der Innenausschuss hat sich erst vor Kurzem zusammen mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz zum auslaufenden NSU-Löschmatorium befasst.

Die durch das Löschmatorium betroffenen Daten sind in zwei Kategorien einzuteilen:



SPD UND GRÜNE ERGREIFEN INITIATIVE FÜR ZWEITEN NSU-UNTERSUCHUNGS- AUSSCHUSS IM LANDTAG

Daten, die in erkennbarem Kontext mit dem Untersuchungsauftrag der jeweiligen Untersuchungsausschüsse stehen und Daten, die keinen erkennbaren Bezug zu dem Untersuchungsgegenstand des jeweiligen Untersuchungsausschusses aufweisen. Personenbezogene Daten in beiden Kategorien wurden durch die Vorratsdatenspeicherung erfasst. Diese Speicherung stellt einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff dar und muss gerechtfertigt werden.

Zunächst stellen die Untersuchungen zum NSU-Komplex einen legitimen Zweck zur Speicherung der Daten dar. Jedoch muss die Speicherung weiterhin verhältnismäßig sein, d.h. sie muss im vorliegenden Fall auf das unbedingt notwendige begrenzt sein. Dieses Problem könnte dadurch gelöst werden, dass Daten, die in erkennbarem Kontext mit dem Untersuchungsauftrag der jeweiligen Untersuchungsausschüsse stehen, im Staatsarchiv gespeichert werden. Daten, die jedoch keinen erkennbaren Bezug zu dem

Untersuchungsgegenstand des jeweiligen Untersuchungsausschusses aufweisen, müssen ausgedünnt werden. Das heißt, dass nur die Daten gespeichert werden, die in inhaltlicher, örtlicher und personeller Beziehung zum NSU-Komplex stehen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Ein zweiter Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags zum NSU-Komplex ist wichtig, um die Aufklärung voranzutreiben. Wir sind es insbesondere den Hinterbliebenen schuldig die offenen Fragen zu klären. Dennoch dürfen die Erwartungen an die Aufklärung durch einen zweiten U-Ausschuss nicht zu groß sein. Dieser ist gewiss das stärkste Mittel zur Aufklärung durch den Landtag. Jedoch ist der Prozess durch den langen Zeitraum, der seit der Aufdeckung bereits vergangen ist, und die Begrenzung der Untersuchungen auf bayerische Angelegenheiten erschwert. Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar, dass sie weiter für die Aufklärung des NSU-Terrors kämpft und sich weiter aktiv am Gedenken beteiligt.



WEIHNACHTSGRÜSSE AUS DEM RATHAUS

von CHRISTIAN VOGEL, BÜRGERMEISTER

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!

In Kürze ist es wieder so weit, es ist ein Jahr vorbei, wieder liegen dann 12 Monate, 52 Wochen, 365 Tage oder 8760 Stunden hinter uns, in denen viel Schönes, aber auch zweifelsohne viel Tragisches passiert ist. Das Jahr 2021 geht wohl als das „Corona-Jahr“ in die Geschichte ein. Corona hat viel verändert und es hat uns erneut, insbesondere in den letzten Wochen, verdammt viel abverlangt. Das medizinische Personal, ob im Krankenhaus, am Rettungswagen oder in der Praxis, die Beschäftigten in den Schulen, Kindergärten oder in Pflegeeinrichtungen, unsere Polizistinnen und Polizisten und viele, viele weitere Berufsgruppen und einzelne Personen haben teils Übermenschliches leisten müssen.

Alle haben dazu beigetragen, dass der „Laden“ trotz der schwierigen Situation weiterläuft. Dafür will ich allen von Herzen danken.

Das Jahr 2021 wird aber auch in die Geschichte eingehen, weil es zum einen das Ende der Kanzlerschaft von Angela Merkel bedeutet, aber auch – und das ist besonders schön – es zukünftig wieder einen sozialdemokratischen Bundeskanzler gibt. Es ist für die Sozialdemokratie eine große Chance und zugleich eine gewaltige Herausforderung in dieser Zeit unser Land zu regieren, zukunftsicher zu machen und sich gleichzeitig den alltäglichen Themen zu stellen. Wir haben im Wahlkampf bewiesen, dass wir geschlossen und motiviert für ein gerechtes und soziales Deutschland kämpfen können. Olaf Scholz hat den Menschen Mut gemacht und sie vertrauen ihm. Es ist jetzt unsere große Aufgabe, Olaf Scholz mit besagter Geschlossenheit auch in seiner Kanzlerschaft zu un-

terstützen. Das heißt nicht, dass man immer einer Meinung sein muss, aber es heißt, die Stärke der SPD, welche aktuell ganz besonders in der Person Olaf Scholz nach außen wirkt, solidarisch zu unterstützen.

Im Nürnberger Rathaus hat das Jahr 2021 neben besagter Corona-Bekämpfung, viel erreichen können. Wir haben einen Mobilitätsvertrag auf den Weg gebracht, der in diesem Ausmaß fast unvorstellbar ist. Er ist aber wichtig und er ist da richtige Zeichen. Wir werden mit allen denkbaren und verfügbaren Mitteln uns dem Klimawandel stellen und dafür arbeiten. Wir dürfen dabei aber nie aus den Augen verlieren, es gibt noch weitere wichtige und große Herausforderungen, die nicht vergessen werden dürfen. Der Bedarf an Wohnungen, Schulen, Kindergärten ist weiterhin in unserer Stadt sehr groß. Die Sanierung von Straßen darf nicht als unsinnige Maßnahme abgestempelt werden.

Eine handlungsfähige Stadt muss für alle da sein. Da gehört der Radfahrer, der Fußgänger und das Auto gleichermaßen dazu. Ohne vernünftige Straßen ist keine Belieferung, kein ÖPNV und kein erforderlicher Rettungseinsatz sichergestellt. Deshalb werbe ich für ein sachliches und offenes Miteinander im Zuge der Debatte um eine zweifelsohne nötige Verkehrswende.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch in Nürnberg hat die SPD bewiesen, selbst wenn sie aktuell leider nicht die Mehrheitsfraktion im Rathaus ist, dass sie die Linie der Politik in unserer Stadt maßgeblich mitgestaltet. Die Fraktion im Rathaus, mit Thorsten Brehm an der Spitze, ist ein verlässlicher politischer Akteur.

Wir sind es, die mit unserem Kämmerer und Referenten für Personal und IT, Harry Riedel, mit Lisa Ries als Referentin für Jugend, Familie und Soziales und meiner Person als Bürgermeister wichtige Weichen für unsere Stadt stellen. Das wollen wir auch weiterhin tun. Die SPD ist und bleibt ein wichtiger Garant für solide Politik zum Wohle Nürnbergs im Nürnberger Rathaus. Das soll und wird auch in Zukunft so bleiben. Das passiert aber nicht von alleine: Daran müssen und werden wir täglich neu arbeiten.

Nun beginnt in Kürze ein neues Jahr. Neue Monate, neue Wochen, neue Tage und neue Stunden, in denen wieder viel Schönes und leider bestimmt auch wieder Unschönes passieren wird. Aber: Wir werden das gemeinsam meistern. Gemeinsam werden wir sicher dafür arbeiten, dass es viel mehr schöne wie traurige Momente geben wird. Ich danke Allen die meine und unsere Arbeit im Jahr 2021 unterstützt haben, ich bitte Euch, uns diese Unterstützung auch im Jahr 2022 zuteil werden zu lassen.

Vor allem wünsche Ich Dir und Ihnen nun, dass Sie und die Menschen, die Ihnen am Herzen liegen, gesund bleiben und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Schließlich bedeutet der 31.12. nicht nur, dass ein altes Jahr zu Ende geht, sondern auch, dass ein neues Jahr beginnt.

Am 1. Januar schlagen wir die erste leere Seite eines Buches mit 365 Seiten auf. Machen wir ein gutes Buch daraus! Spaß, Gesundheit, Abenteuer, Liebe, Mut, Lachen, Freundschaft, Glück.

Herzliche Grüße
Euer

Christian Vogel
Bürgermeister

REZEPT NUSSZOPF

Für mich ist Backen eine richtige Leidenschaft und zugleich auch Entspannung. Natürlich ist das anschließende Verzehren aber mindestens genauso schön ;-)

Hier eines meiner Lieblingsrezepte für einen Nusszopf, evtl. ja zum Nachmachen im Advent oder zu den Weihnachtstagen.

Zutaten für zwei 25 cm Kastenformen oder für eine Kranzform:

Für den Hefeteig:

600 g Weizenmehl, vorzugsweise
Type 550 oder auch Type 405
100 g Zucker
30 g frische Hefe
200 ml lauwarme Milch
1 Päckchen Vanillezucker
2 Eier
100 g Butter
1/2 Tl. Salz

Für die Füllung:

300 g gemahlene Haselnüsse
200 g Zucker
2 El. Honig
100 g Semmelbrösel
2 Tl. gemahlener Zimt
2 Eier
ca. 200 ml Milch
75 g Rosinen bei Belieben

Zum Bestreichen:

2 El. Aprikosenmarmelade
100 g Puderzucker
2 El. Zitronensaft
ca. 1 El. Wasser

Zubereitung:

Für den Hefeteig Mehl und Zucker in einer Schüssel mischen. Die Hefe in der lauwarmen Milch auflösen. Die Hefemilch langsam in das Mehl laufen lassen und dabei mit einer Gabel mit einem Teil des Mehls einen Vorteig anrühren. Den Vorteig 20 Minuten gehen lassen. Dann die restlichen Hefeteig-Zutaten dazu geben und in einer Küchenmaschine 10 Minuten auf langsamer Stufe, oder mit dem Hand-Rührgerät 5 Minuten kneten. Anschließend den Hefeteig abgedeckt 45 Minuten gehen lassen.

In der Zwischenzeit die Nusszopf-Füllung zubereiten. Dazu die gemahlene Haselnüsse, 200 g Zucker, Honig, Semmelbrösel, Zimt und 2 Eier mit dem Handrührgerät verrühren. Dann soviel Milch dazu geben, dass eine streichfähige Masse entsteht. Zuletzt die Rosinen unterheben.

Die Backformen gut mit Butter ausfetten. Den aufgegangenen Hefeteig nochmals kurz durchkneten und etwa 5 mm dick ausrollen, so breit wie die Backform(en). Den Hefeteig mit der Nusszopf-Füllung bestreichen und dann aufrollen. Die Teigrolle mit einem scharfen Messer einmal der Länge nach durchschneiden. Die beiden Hälften der Teigrolle so umeinander wickeln, dass die Schnittflächen immer oben bleiben, und dann den Nusszopf in die gefettete Backform legen. Den Nusszopf mit einem Tuch abdecken und etwa 45 bis 60 Minuten gehen lassen bis die Backform fast gefüllt ist.

Den Nusszopf im gut vorgeheizten Backofen bei 180 Grad Umluft oder 200 Grad Unter/Oberhitze ca. 40 Minuten backen. Dann den Zopf etwas abkühlen lassen und aus der Backform stürzen. Die Aprikosenmarmelade aufkochen, durch ein Küchensieb passieren, und damit den noch warmen Zopf bestreichen. Die Aprikosenmarmelade kurz antrocknen lassen. Aus Puderzucker, Zitronensaft und Wasser einen Zuckerguss anrühren und den Nusszopf mit dem Zuckerguss bestreichen.





Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

**Wir wünschen allen Leserinnen
und Lesern besinnliche Feiertage
und einen guten und vor allem
gesunden Start ins neue Jahr!**



BITTE BEACHTEN:

Das SPD-Büro ist vom 24.12 bis 7.1. geschlossen!

TERMIN:

14.12.21 – ab 17 Uhr Mieterbüro

Karl-Bröger-Str.

90459

Abgeordn. Büro Gabriela Heinrich

ABGESAGT

Für ein Beratungsgespräch benötigen Sie einen Termin. Diesen können Sie telefonisch unter der 0911 - 43896 0 ausmachen oder per E-Mail: nuernberg@spd.de.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

diese Pandemie ist ein anhaltender Stresstest für die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung und unserer Daseinsvorsorge. Ich will deshalb an dieser Stelle allen Beschäftigten danken, die ihre Angebote und Dienstleistungen aufrechterhalten oder pandemiefähig gemacht und weiterentwickelt haben.

Die Pandemie zeigt auch, wie wichtig und zentral ein leistungsstarkes Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft ist, das sich eben nicht dem Renditestreben der Privatwirtschaft unterwirft sondern dem Gemeinwohl dient. Und es bleibt eine der großen politischen Hausaufgaben für die Tarifparteien, den wohl verdienten Applaus für die Pflegekräfte auch in ein Mehr beim Gehalt umzumünzen.

Corona bringt aber nicht nur dort große Herausforderungen mit sich. Die Pandemie führt auch zu vielen sozialen und psychischen Folgeschäden. Diesen Schicksalen im Versteckten, diesen sozialpolitischen Herausforderungen nehmen wir uns in der SPD-Fraktion an, suchen das Gespräch und bringen unterstützende Initiativen auf den Weg.

Diese und viele weitere Themen bearbeiten wir im Nürnberger Rathaus. Einen Einblick gibt Ihnen im Folgenden unsere Rathaus-Depesche.

Ihr

Thorsten Brehm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Der Stadthaushalt 2022 Nachhaltig investieren für Nürnbergs Zukunft

Eine breite Mehrheit des Nürnberger Stadtrats hat am 18. November 2021 den Stadthaushalt für 2022 beschlossen. Als SPD-Fraktion war es uns wichtig, dass wir uns damit den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit stellen. In Nürnberg investieren wir deshalb weiter u.a. in Bildung, Betreuung, Soziales, Infrastruktur,

Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung. Ein wichtiges Signal für die solidarische Stadtgesellschaft konnten wir damit setzen, die wichtigen Zuschüsse an die vielen Ehrenamtlichen, Initiativen und Organisationen in der Stadt stabil zu halten – eine Kürzung konnte erfolgreich abgewendet werden.

ZUKUNFTSINVESTITIONEN DER STADT NÜRNBERG

2022



1,422
Mrd. €

2025



Mittelfristiger
Investitionsplan
(MIP)

Die Investitionen sind notwendig, da Bedarf und Anspruch an die Städte und Kommunen seit Jahren ständig anwachsen. Zudem bringt die Pandemie viele Mehrausgaben mit sich. Klar ist deshalb: Die Kommunen benötigen dringend und endlich mehr finanzielle Unterstützung vom Frei-

staat Bayern und vom Bund, um ihren wichtigen Aufgaben vor Ort gerecht werden zu können.

Die Grundsatzrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden zum Stadthaushalt finden Sie unter spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de. >>

Zahlen zum Nürnberger Stadthaushalt 2022

> Den städtischen Erträgen von ca. 2,16 Milliarden € stehen im Jahr 2022 Ausgaben/Aufwendungen von 2,17 Milliarden € gegenüber. Das Haushaltsdefizit beträgt 2022 rund 16 Millionen €, was durch unvorhergesehene gestiegene Steuereinnahmen um 38 Millionen Euro niedriger ausfällt als geplant.

> Ein Grund für wachsende Ausgaben sind **gestiegene Kosten wegen der Corona-Pandemie und allgemein höhere Kosten für Sach- und Dienstleistungen**. Zudem müssen u.a. für Kinderbetreuung, den Mobilitätsplan und Digitalisierung **stadtweit ca. 300 neue Stellen** geschaffen werden.

> Die zwei umfangreichsten Ausgabenblöcke des Nürnberger Etats 2022 sind **Soziale Transferaufwendungen** (882,33 Millionen €) sowie Ausgaben für **Personal und Versorgungsleistungen** (735,47 Millionen €).

> Die Stadt investiert 2022 insgesamt **445 Millionen €** (Zusammensetzung: 307 Mil-

lionen € Eigenmittel + Zuschüsse). Der Mittelfristige Investitionsplan (MIP) beziffert von 2022-2025 einen **Investitionsbedarf von 2,091 Milliarden €** (davon 1,422 Milliarden € Eigenmittel).

> Die Stadt investiert bis 2025 u.a. verstärkt in **Schulen** (700 Millionen €), **Kinderbetreuung** (117 Millionen €) und die Umsetzung des **Nürnberger Mobilitätsbeschlusses** (400 Millionen €).

> Die städtische Nettoneuverschuldung wird im nächsten Jahr 170 Millionen € betragen. Die **Gesamtschulden des Kernhaushalts steigen deshalb 2022 auf ca. 1,68 Mrd. €**.

Nachnutzung von Tankstellenflächen im Stadtgebiet Chance für Stadtteile und Mobilitätsinfrastruktur der Zukunft

Ab dem Jahr 2035 sollen nach dem Willen der Europäischen Kommission keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr verkauft werden. Namhafte Autobauer haben angekündigt, schon vorher gänzlich auf die Fertigung von Elektrofahrzeugen umzusteigen. Das Geschäftsmodell der Mineralölkonzerne mit einem flächendeckenden Netz an Tankstellen nähert sich deshalb in Schritten einem absehbaren Ende. Zukünftig wird mehr Strom als Sprit getankt, was mit einer gänzlich anderen Versorgungsinfrastruktur einhergeht.

strategisches Interesse haben, auf die Entwicklung und Nachnutzung dieser privaten Flächen Einfluss zu nehmen und wo (finanziell) möglich, diese selbst zu erwerben.

Die großen Mineralöl-Großkonzerne entwickeln in Konzeptstudien bereits erste Visionen zur Zukunft der Tankstellen, um zumindest einen Teil des Geschäftsmodells zu retten. Sie wollen diese zu serviceorientierten Mobilitätszentren weiterentwickeln. Die Vielzahl an Standorten wird aber wohl spürbar reduziert werden.

Diese neuen Mobilitätszentren wären vor allem in dicht bebauten Stadtteilen mit Geschosswohnungsbau die Lösung für ein bisher ungelöstes Problem: Der Platz im öffentlichen Raum ist begrenzt, sodass dort nicht genügend öffentliche Stromtankstellen errichtet werden können. Wer ein Elekt-

roauto, aber keine eigene Garage oder privaten Stellplatz besitzt, hat nach wie vor ein Problem. Das Tanken an solchen schnellladenden „Superchargern“ erfordert allerdings an den meisten Standorten auch ein Aufrüsten der (kommunalen) Strominfrastruktur, weil die gleichzeitig abgerufene Strommenge enorm ist. Insgesamt stellt sich die Frage, ob dies nicht auch eine Wertschöpfungskette ist, von der nicht auch kommunale Energieunternehmen profitieren können.

Die Rathaus-SPD hat die Stadtverwaltung für einen ersten Schritt aufgefordert, die Thematik fachlich zu prüfen, ein Modellprojekt anzustoßen und Fördermittel zu akquirieren sowie die N-ERGIE als städtische Tochter einzubeziehen.

Weitere Informationen:
spd@stadt.nuernberg.de

Die Rathaus-SPD hat deshalb die Stadtverwaltung beauftragt die Leitlinien zu überarbeiten und zu aktualisieren. Dabei müssen Expert*innen herangezogen, aber auch die Bürger*innen beteiligt werden. Zudem sind neben der Verwaltung, sowohl vom „Doku-Zentrum Reichsparteitagsgelände“ als auch von denjenigen, die vor Ort auf oder mit dem ehemaligen Gelände arbeiten, sei es kulturell, pädagogisch oder auch wissenschaftlich, Stellungnahmen einzuholen. Auf dieser Grundlage sollen die überarbeiteten Leitlinien die Basis zum weiteren Umgang mit dem Gelände sein.

Weitere Informationen:
Dr. Anja Pröls-Kammerer;
spd@stadt.nuernberg.de



Überarbeitung der Leitlinien / Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände

Im Jahr 2004 verabschiedete der Nürnberger Stadtrat die „Leitlinien zum Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände“. Erstellungsgrundlage war damals ein Hearing mit Expert*innen und interessierten Bürger*innen. Einbezogen wurden aber auch die Stellungnahmen derjenigen, die mit dem Gelände professionell umgehen. Diese Leitlinien sind nach wie vor die Grundlage für den Umgang Nürnbergs mit dem Gelände und sollen im Kern auch zukünftig ihre Gültigkeit behalten.

Dennoch ist aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion eine Überarbeitung und Weiterentwicklung angebracht – nicht zuletzt aufgrund aktueller Entwicklungen und diskutierten Vorhaben, seien es kulturelle Nutzungsperspektiven bzw. mögliche bauliche Veränderungen. Zudem sind durch die Entwicklungen des Zeppelinareals ebenfalls neue Möglichkeiten hinzugekommen. Auch die künstlerische Auseinandersetzung mit internationaler Beteiligung, wie in den Leitlinien gefordert, ist so bisher noch nicht umgesetzt.

SPD-Ratsfraktionen der großen Städte in Nürnberg Arbeitskreis der Bundes-SGK tritt zusammen



SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm und Detlef Scheele (Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit) auf der SGK-Tagung 2021 in Nürnberg.

Am 28. und 29. Oktober 2021 war die SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg Gastgeberin der Tagung des „Arbeitskreises Große Städte“ der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)“. Dabei kamen Vertreter*innen von SPD-Ratsfraktionen aus den großen deutschen Städten zusammen,

um aktuelle kommunale Herausforderungen zu diskutieren und sich für politische Initiativen gemeinsam abzustimmen.

Aktuelle Themen und Herausforderungen

Schwerpunkte waren dabei u.a. aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik,

die Perspektive der kommunalen Finanzsituation, die Koalitionsverhandlungen im Bund aus kommunaler Sicht sowie bürgerschaftliches Engagement als Zukunftschance für die solidarische Stadtgesellschaft und das Thema „Erinnerungskultur“ am Beispiel der Kongresshalle auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände.

Zum Austausch und zur Diskussion mit den Teilnehmenden zu einzelnen Themenkomplexen nahmen u.a. teil: Detlef Scheele (Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit), Harald Riedel (Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Städtetags und Stadtkämmerer), Dr. Uli Glaser (Leitung Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Corporate Citizenship der Stadt Nürnberg).

Wahl von Thorsten Brehm als neuer Sprecher

SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm wurde im Zuge der Tagung einstimmig zum neuen Sprecher des SGK-Arbeitskreises gewählt. Damit vertritt er zukünftig auch die Interessen der SPD-Ratsfraktionen der großen deutschen Städte im Vorstand der SGK in Berlin.

Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Platz nach ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein benannt

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde ein Teil des Nürnberger Kornmarktes nach Dr. Peter Schönlein (*1939–†2016) benannt, der von 1987 bis 1996 Nürnberg Oberbürgermeister war. Der neu benannte Platz befindet sich in direkter Nachbarschaft der vom Sozialdemokraten Schönlein initiierten „Straße der Menschenrechte“. Der Platz ist zudem Beginn der ebenfalls auf Initiative von Dr. Peter Schönlein gestalteten Kulturmeile, die vom Germanischen Nationalmuseum über das Neue Museum und der Kunsthalle bis zum Krakauer Haus reicht. Bei der feierlichen Einweihung würdigten SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm und Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König das Wirken Schönleins für Nürnberg.

v.l.n.r. Wirtschaftsreferent Dr. Fraas, Fr. Schönlein, SPD-Fraktionsvorsitzender Brehm, Oberbürgermeister König am neuen Dr.-Peter-Schönlein-Platz.



Foto: Stadt Nürnberg, Sven Heublein

Ehrung für Gerald Raschke

SPD-Stadtrat a.D. Gerald Raschke wurde am 09. September 2021 in Ansbach vom bayerischen Innenminister mit der kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Raschke war 30 Jahre lang ehrenamtliches Mitglied des Nürnberger Stadtrats und wurde deshalb für sein herausragendes Engagement geehrt. Die SPD-Stadtratsfraktion gratuliert ihrem früheren Kollegen sehr herzlich und dankt für die langjährige Arbeit sowie seinen Einsatz für Nürnberg.



SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

NEUER STADTTEILPARK IN LICHTENREUTH

Ein Drittel des neu entstehenden Stadtteils Lichtenreuth soll aus Sicht der Rathaus-SPD zur Grün- und Freifläche werden. Da die baulichen Planungen des Stadtteils stetig voranschreiten, will die SPD-Fraktion nun, dass auch die konkrete Konzeption der 30 Hektar großen städtischen Parkanlage nachzieht. Dabei soll der neue Stadtteilpark zum Spazieren gehen und Entspannen einladen, die angrenzenden Quartiere durch Fuß- und Radwege verbinden, aber auch Platz für Sport sowie Kunst und Kultur unter freiem Himmel bieten. Maßstäbe sollte der Park auch in Sachen Biodiversität und Wasserspeicherung setzen und durch eine geeignete Pflanzenauswahl der Klimaanpassung gerecht werden. Die SPD-Fraktion will von der Stadtverwaltung deshalb einen Bericht über vertragliche Vereinbarungen (z.B. Kostenteilung, Zeitachse) zur Errichtung des Stadtteilparks und passende Teilnehmungsformate zur weiteren Ideensammlung.

PRIVATER EINBAU VON LADEINFRASTRUKTUR

Immer mehr Hausbesitzer*innen wollen im Sinne abgasarmer Mobilität in private Strukturen zur Ladung ihrer E-Autos investieren. Existiert auf dem Privatgrundstück aber kein eigener Stellplatz, muss die Ladeinfrastruktur häufig auf öffentlichen Gehwegen errichtet oder ein Ladekabel temporär über diesen gezogen werden. Können demgegenüber neue Parkflächen auf Privatgrund mit eigener Ladeinfrastruktur geschaffen werden, wird häufig eine Überfahrtsgenehmigung durch die Absenkung des Bordsteins vor dem Grundstück benötigt. In beiden Fällen lehnt die derzeitige Verwaltungspraxis entsprechende Ge-

nehmungen ab. Die Gründe dafür sind teilweise nachvollziehbar, bieten aber leider auch keine pragmatische Lösung. Die SPD-Fraktion hat deshalb im Sinne der Bürger*innen und der bearbeitenden Dienststellen eine rechtliche Klärung und Lösungsoption von der Stadtverwaltung angefordert.

MELDEHOTLINE FÜR FALSCH ABGESTELLTE E-SCOOTER

E-Scooter stellen grundsätzlich eine sinnvolle Erweiterung des Mobilitätsangebots dar. Für die SPD-Fraktion ist aber klar, dass eine ausreichende Regulierung der Nutzung und der Abstellmöglichkeiten gegeben sein muss. Dabei dürfen Bürger*innen im öffentlichen Raum, das Parken anderer Verkehrsteilnehmenden sowie die allgemeine Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt werden. Die Rathaus-SPD will deshalb eine zentrale Telefon-Hotline, unter der Bürger*innen falsch oder sicherheitsgefährdend abgestellte E-Scooter an die zuständigen Anbieter melden können. Diese sollen dann zuständigerweise für die Behebung der gemeldeten Probleme sorgen. Dabei soll der Kontakt unter einer kurzen Rufnummer zu allen Anbietern möglich sein.

RADABSTELLANLAGEN AM HAUPTBAHNHOF

Der Hauptbahnhof ist einer der wichtigsten Umsteige- und Knotenpunkte für den Umweltverbund. Ein Blick auf die Radabstellanlagen auf dessen Nordseite zeigt aber, dass es dort noch zu wenig Kapazitäten gibt. Auf der Südseite gibt es seit einiger Zeit ein neues Fahrradparkhaus. Viele stellen ihre Räder allerdings trotzdem lieber kostenlos und teilweise wild auf dem Platz davor ab oder befestigen sie rund um

die Baumschutzgitter. Insgesamt ergibt sich auf beiden Bahnhofseiten dadurch leider kein sehr geordnetes und ansehnliches Bild, was durch zahlreiche „Fahrradleichen“ verstärkt wird. Die SPD-Fraktion möchte deshalb, dass die Verwaltung berichtet und Verbesserungsvorschläge macht (z.B. durch die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten), um zu einem aufgeräumteren Stadtbild vor Ort beizutragen.

LÄRMSCHUTZ AM NÜRNBERGER RANGIERBAHNHOF

2011/12 erhielt der Rangierbahnhof mit Unterstützung des MdB a.D. Martin Burkert eine moderne Bremsanlage für Bahnrangiervorgänge. Durch die effektive Lärmreduktion von über 99 % gehörte seitdem das bis dato vorherrschende Kreischen und Quietschen durch die Arbeitsvorgänge der Bahn der Vergangenheit an. Seit einiger Zeit funktioniert die Bremsanlage und die zugehörige Lärmreduktion aber leider nicht mehr und belastet die Anwohner*innen massiv. Die SPD-Stadtratsfraktion hat deshalb per Antrag die erneute Schaffung der, bis vor kurzen noch funktionierenden, Lärmreduktion am Rangierbahnhof eingefordert.

WEITERE ENTWICKLUNG IN KRAFTSHOF

Zur sinnvollen stadtplanerischen Entwicklung in Kraftshof hat die Rathaus-SPD zusammen mit der CSU-Fraktion von der Stadtverwaltung einen Sachstand der Entwicklung des Gewächshausbaus im Knoblauchsland im Allgemeinen angefordert. Zudem soll im Sinne eines abgestimmten Gesamtkonzepts für den Bereich Kraftshof, die Einleitung nötiger Bauleitplanverfahren geprüft werden, um wichtige Leitlinien zur baulichen Entwicklung abzusichern.